

Henrik Paulitz  
IPPNW

## **Rede auf der Kundgebung der Anti-Atom-Demonstration in Mannheim anlässlich des Endes des AKW-Moratoriums am 28. Mai 2011**

Liebe Aktive der Anti-Atom-, der Energiewende- und der Friedensbewegung  
Liebe Kinder, Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
Liebe Gewerkschafter, Berufsdemonstranten, Polizisten,

in den ersten Wochen nach Fukushima herrschte bei Union und FDP die schiere Angst davor, das Volk könnte die Landtagswahlen hier in Baden-Württemberg zu einer Abstimmung über Atomkraft nutzen. Ungeahntes setzte sich in Bewegung: Acht Atomkraftwerksblöcke durften schlagartig keinen Strom mehr produzieren.

Die Wahlen sind vorbei, der Super-GAU in Japan fast schon verdrängt und wir befinden uns wieder einmal mitten im Parteien-Theater um angebliche Abschalttermine, Auftrags-Studien mit unnötig konservativen Annahmen **und dem mangelnden politischen Willen jetzt endlich den Atomkonzernen konsequent die Stirn zu bieten.**

Es gibt in der Tat starke Argumente, die für den langjährigen Weiterbetrieb von möglichst vielen Atomkraftwerken sprechen: Die E.On Kernkraft GmbH realisierte im Jahr 2006 eine Eigenkapitalrendite von 280 Prozent. Eine Verzinsung von 280 Prozent durch den Betrieb von Atomkraftwerken ... Das bedeutet nichts anderes, **als dass im Atomsektor mit Billigung des Staates ein unerhörtes System der Abzocke etabliert werden konnte.**

Und wo so viel Geld fließt wie in der Energiewirtschaft, da eröffnen sich natürlich auch Möglichkeiten. Die veröffentlichte Meinung wie auch Willensbildungsprozesse an der Spitze von Parteien ... das sind Dinge, die lassen sich auf die eine oder andere Weise kaufen. Wir wissen ja, was aus so manchem Spitzenpolitiker wird, wenn er Politiker gewesen ist.

**Wir können uns gut vorstellen, welche Deals derzeit in Berlin hinter den Kulissen gemacht werden und wir stellen fest, dass sich durch Derartiges, keine Demokratien, sondern Bananenrepubliken auszeichnen.**

Vor wenigen Monaten, am 23. Dezember 2010 gab es bei Mainz ein mittelschweres Erdbeben. Jeden Tag kann es in Biblis, Philippsburg oder auch in Neckarwestheim schlagartig durch ein Erdbeben zum Super-GAU kommen.

Neckarwestheim-2, eine so genannte Konvoianlage, ist das zuletzt in Deutschland errichtete Atomkraftwerk. Da unterstellt man gemeinhin einen hohen Sicherheitsstandard. Eine Risikostudie hat aber gezeigt, dass ausgerechnet im jüngsten deutschen Atomkraftwerk die nachgerüsteten Notfallmaßnahmen bei Störfällen nicht funktionieren. Und in den Atombehörden hat man in den vergangenen Jahren verwundert festgestellt, dass gerade die Konvoianlagen bemerkenswerte Sicherheitslücken aufweisen.

Die Auffassung vieler Politiker, die jüngeren Anlagen könne man ruhig noch zehn Jahre lang weiterbetreiben, ist sicherheitstechnisch seriös nicht begründbar. Niemand weiß, wann und in welcher Anlage es einmal zur Verkettung ungünstiger Umstände kommt und niemand kann ausschließen, dass das nicht möglicherweise schon morgen gerade in einer neueren Anlage passiert.

**Deshalb muss es jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, zur sofortigen, umfassenden und unumkehrbaren Stilllegung aller deutschen Atomkraftwerke kommen.**

Ein Ausstiegsgesetz muss sicherheitstechnisch vernünftig begründet werden. Das Vorhaben, Stilllegungen lediglich mit dem Risiko eines Flugzeugabsturzes zu begründen, steht rechtlich auf wackeligen Füßen. Hier darf man getrost ein absichtsvolles Vorgehen unterstellen: Denn die Atomkonzerne können eine derart schwache Begründung nutzen, um vom Staat milliardenschwere Gegenleistungen zu verlangen oder gar Entschädigungen einzuklagen. Letztlich bezahlen dafür natürlich wir Bürger die Zeche, sei es als Steuerzahler, sei es als Stromkunden.

Die Politiker aller Parteien sind daher gefordert, die Bundesregierung zu einer sicherheitstechnisch breit angelegten und angemessenen Begründung zu drängen. Wir als IPPNW haben dafür einen alternativen AKW-Stresstest vorgelegt, den man dafür nutzen und der Bevölkerung ein immenses Kostenrisiko ersparen kann.

Sieht man sich aber die Pläne der Bundesregierung an, so erkennt man, dass es durchweg nur darum geht, der Bevölkerung unnötig hohe Kosten aufzubürden und den Konzernen milliardenschwere Einnahmen zu sichern. Die Versorgung der Verbraucher mit Energie ist eher Nebensache, **das eigentliche Ziel der Energiepolitik ist die Versorgung weniger Großkonzerne mit sittenwidrig hohen Renditen und das ist im höchsten Maße skandalös.**

**Allein deswegen** feilscht man jetzt schon wieder über einen mindestens zehnjährigen Weiterbetrieb der meisten deutschen Atomkraftwerke, obwohl Atomstrom vollkommen überflüssig ist.

**Allein deswegen** soll die Vergütung für die Photovoltaik weiter drastisch abgesenkt werden, obwohl die Solarenergie die perspektivisch wichtigste Strom- und Einnahmequelle der Bevölkerung darstellt.

**Allein deswegen** möchte die Bundesregierung jetzt noch stärker die von den Konzernen betriebene Offshore-Windenergie finanziell begünstigen und den „Bürger-Windenergieanlagen“ an Land den Hahn weiter zudrehen.

**Allein deswegen** verbreitet man täglich die Lüge, für den Ausbau der erneuerbaren Energien bräuchten wir jede Menge neue Stromautobahnen.

**Und nicht zuletzt deswegen** schwört man die Bevölkerung täglich darauf ein, dass die Strompreise schon wieder drastisch steigen müssten.

**Wir aber sagen Nein zu dieser unsozialen zentralistischen Energiewirtschaft, von der nur wenige Großkonzerne profitieren.**

Es war mit Karl Friedrich Marguerre ein Mannheimer, der 1952 Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank die Stirn bot, als dieser auf einer Tagung der Notwendigkeit weiterer Verbundstromtrassen und einem europaweiten Stromaustausch das Wort redete - ganz genau so wie wir es dieser Tage von Energiekonzernen und Politikern zu hören bekommen.

Marguerre, damals Generaldirektor der Großkraftwerk Mannheim AG, konterte mit den Worten: „Also gerade vom Standpunkt des Kapitalbedarfs ist nicht eine zentralisierte Erzeugung erwünscht, sondern eine dezentralisierte. Er warnte vor der Verführung, „Plänen einer europäischen Verbundwirtschaft nachzujagen, denen die wirtschaftliche Grundlage fehlt“.

**Ganz in dieser guten Mannheimer Tradition bieten wir heute Großkonzernen und der Bundesregierung die Stirn, wenn sie den erfolgreichen dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien „in Bürgerhand“ jetzt erneut massiv torpedieren wollen.**

Und hier sind auch Umweltverbände wie etwa Greenpeace und der WWF, ebenso wie die Umweltinstitute und die politischen Parteien gefordert, klar Farbe zu bekennen für eine Energiewende im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Sie sollten der Versuchung widerstehen, sich von der Bundesregierung als Akzeptanzbeschaffer für eine einseitige Offshore-Orientierung, für überflüssige neue Stromautobahnen und für steigende Strompreise einbinden zu lassen.

Wir sehen doch längst, dass vom dezentralen Weg die Bevölkerung, die Kommunen, Stadtwerke und mittlere Unternehmen wirtschaftlich profitieren und eben nicht nur die vier großen Atomkonzerne. Kommunen, die heute schon sehr stark beispielsweise auf die Windenergie setzen, haben kein Haushaltsdefizit. Sie schreiben schwarze Zahlen.

Der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien in Bürgerhand ist aber auch deswegen notwendig, um dieses Land zu demokratisieren, indem man die Macht der Atomkonzerne endlich bricht.

Und es gibt noch einen ganz wesentlichen Grund: Nur wenn wir auf heimische erneuerbare Energien setzen, verhindern wir, dass immer und immer wieder Länder überfallen werden, in denen es Erdöl, Erdgas oder Uran gibt. Warum wird denn Krieg geführt in Afghanistan, im Irak und in Libyen?

Mit welchem Recht maßen wir uns eigentlich an, mit Bombern, Drohnen und Bodentruppen durch die Welt zu ziehen und mit militärischer Gewalt den einen Diktator gegen den nächsten Gewaltherrscher auszutauschen? **Wir haben schlichtweg nicht das Recht, uns mit Gewalt Bodenschätze anzueignen, die anderen Völkern, aber nicht uns gehören.**

Wo leben wir eigentlich, wenn auch deutsche Politiker praktisch nur dann eine Chance haben, in Parteien und Regierung aufzusteigen, wenn sie zuvor in den USA waren und dort ihre atlantische Zuverlässigkeit unter Beweis gestellt haben? Ich nenne hier nur beispielhaft den ehemaligen Verteidigungsminister und Beinahe-Kanzler, Ex-Doktor zu Guttenberg, sowie Grünen-Chef Cem Özdemir.

Wo leben wir eigentlich, wenn Massenmedien mit geballter publizistischer Macht Parteien und Politiker zu bestimmten Positionen nötigen und Politiker zum Rücktritt drängen, die völlig zu Recht zögern, die Bundeswehr in den nächsten Krieg zu schicken?

Wie weit wollen all die bezahlten Kriegstreiber und Karrieristen in verantwortlichen Positionen dieses Spiel noch treiben? Kommt so mancher Konzernlenker, so mancher Politiker, so mancher Journalist erst dann zur Besinnung, wenn nach all den Urangeschossen und Streubomben, nach all den zerfetzten Frauen, Männern und Kindern erneut eine Atombombe gezündet wird?

Die aktuellen Energiekriege, liebe Freundinnen und Freunde, und der laufende Super-GAU in Fukushima müssen sehr viel weitreichendere Konsequenzen haben als nur kosmetische Korrekturen, um die nächsten Wahlkämpfe zu bestehen. Wenn von deutschem Boden wieder regelmäßig Krieg ausgeht und wenn alle Welt erkennt, dass Naturgewalten Atomkraftwerke in fürchterliche Radionuklid-Schleudern verwandeln können, dann muss sich etwas ganz grundlegend in dieser Politik ändern.

**Wir wollen eine friedliche Welt, ohne Atomwaffen, Bomber und Drohnen. Wir wollen eine gesunde Welt, ohne atomare Bedrohung. Wir wollen eine freie und gerechte Welt, ohne die primitive Herrschaft des Geldes.**

**Wir fordern jetzt den Umstieg auf eine kriegs-präventive Energiewirtschaft mit erneuerbaren Energien in Bürgerhand. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.**

Ich danke Ihnen.